



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 10.06.2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

der letzte Plenarabschnitt vor der Sommerpause mit einer gut gefüllten Tagesordnung liegt hinter uns. Zahlreiche Gesetzesvorhaben und Anträge haben wir in den letzten Tagen auf den Weg gebracht.



Bereits in der letzten Woche hatten wir die Menschenrechtsaktivistin Nadja Murat bei uns in der Fraktion zu Gast. Sie hat uns von ihren Leiden infolge der Gefangenschaft durch Terroristen des sogenannten IS berichtet. Ich selbst bin noch ganz beeindruckt von ihren Schilderungen. Die Berichte haben mich noch einmal darin bestätigt, dass unser politisches Handeln richtig ist. Wir haben uns als Land an einem Sonderprogramm zur Aufnahme von jesidischen Frauen beteiligt, die ein ähnliches Schicksal hinter sich haben, wie Frau Murat es uns geschildert hat. So konnten wir 70 Frauen, die großes Leid erfahren haben, Schutz und die Chance auf ein neues Leben bieten.

Demokratie ist ein Modell der gesellschaftlichen Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Wir wollen diese Demokratie stärken und dazu das Wahlalter für die Landtagswahlen von 18 auf 16 absenken. In meiner Ausgabe 1/2016 habe ich darüber berichtet. Wir sind der Meinung, dass junge Menschen in der Lage sind, gesellschaftliche und politische Verantwortung zu übernehmen. Was bei den Kommunalwahlen am 11. September geht, muss auch bei den nächsten Wahlen zum Niedersächsischen Landtag möglich sein. Daher haben wir diese Forderung in unserer **Aktuellen Stunde „Jugend an der Demokratie beteiligen – Wahlrecht ab 16 auch bei Landtagswahlen“** zum Thema im Landtag gemacht.

Die soziale Gesundheitswirtschaft ist ein zentrales Zukunftsfeld für die Gesundheitsversorgung und wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen. Zum ersten Mal hat eine niedersächsische Landesregierung einen Masterplan „Soziale Gesundheitswirtschaft“ erarbeitet. Dieser Masterplan enthält konkrete Maßnahmen und Instrumente, die die Landesregierung in den nächsten Jahren sukzessive gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern umsetzen und auf den Weg bringen möchte. Diese Initiative haben wir in unserer **Dringlichen Anfrage am Donnerstag „Eröffnet der Masterplan ‚Soziale Gesundheitswirtschaft‘ Chancen und Perspektiven für ganz Niedersachsen?“** im Plenum hervorgehoben.

LANDTAG KOMPAKT - LANDTAG KOMPAKT - LANDTAG KOMPAKT

An dieser Stelle – wie immer – ein kurzer Überblick zu den wichtigsten Gesetzesentwürfen und Entschlüssen:

Gesetzesentwürfe

Entwurf eines Gesetzes zum NDR-Digitalradio-Änderungsstaatsvertrag

Ziel der Änderung des NDR-Digitalradio-Staatsvertrages ist die Schaffung eines digitalen Musikprogramms mit dem Schwerpunkt „Schlager und ähnliche deutschsprachige Produktionen“ anstelle des bisherigen Digitalprogramms mit Schwerpunkt Verkehrsinformationen (NDR-Traffic).

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung der Gleichwertigkeit und der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen in Niedersachsen

Mit dem Gesetzentwurf wollen wir das Verfahren für die Feststellung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Berufsqualifikation und zugleich die Anerkennung solcher Qualifikationen verbessern. Ebenso soll auch bei landesrechtlich geregelten Berufen ein Anspruch vorgesehen werden, durch Qualifizierungsmaßnahmen fehlende Kompetenzen ausgleichen zu können, um eine volle Anerkennung zu erlangen. Die Integration von ausländischen Arbeitskräften auf unserem Arbeitsmarkt kommt damit ein gutes Stück vorwärts.



Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes

Für die Haupttrastgebiete bestimmter Wasserfederwildarten, wie z. B. den Höckerschwänen und den nordischen Gänsen und Enten in Abwägung mit den Interessen der Landwirtschaft besteht zusätzlicher Regelungsbedarf für die Einführung von Ruhe- und Jagdintervallen in den betreffenden Vogelschutzgebieten. Durch die Anwendung von abgegrenzten Teilräumen in Vogelschutzgebieten können für die o. g. Arten aktiv bejagbare Teilräume und Teilräume als Ruhebereiche geschaffen werden (Intervalljagd). Eine solche Aufteilung von Jagd- und Schonzeitgebieten wird durch den Gesetzentwurf künftig besser zwischen Jagdbezirken innerhalb und außerhalb von Vogelschutzgebieten möglich sein.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes

Mit den im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen passen wir das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz u. a. an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und dem Inkrafttreten eines bundesweiten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes an. Nach wie vor können wir feststellen, dass der von der Opposition heraufbeschworene Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in Folge dieses Gesetzes nicht eingetreten ist. Im Gegenteil!

Entschließungsanträge

Niedersachsens Stimme in Europa stärken: Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union ausbauen

Mit der Entschließung soll die in Artikel 25 Abs. 1 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung vorgesehene Unterrichtung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union den seit der letzten Entschließung des Landtages vom 14.09.1995 geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen gerecht werden.

Die Unterrichtungspflicht der Landesregierung soll durch inhaltliche Angaben in den von ihr übermittelten Berichtsbögen erfüllt werden. Der Einfluss des Landtages auf die Willensbildung der Landesregierung soll zudem durch das Begründungserfordernis für den Fall des Abweichens von einer Stellungnahme des Landtages flankiert werden.

Stärkung der Patientensicherheit und des Patientenschutzes - Niedersächsisches Krankenhausgesetz (NKHG) muss weiter verändert werden

Wir haben den Abschlussbericht des Sonderausschusses „Stärkung der Patientensicherheit und des Patientenschutzes“ beraten. Der Ausschuss diente der Aufarbeitung der Krankenhausmorde in Delmenhorst durch den ehemaligen Krankenpfleger Niels H. Ergänzend zu diesem Bericht fordern wir die Landesregierung mit unserem Antrag dazu auf, eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz von Patientinnen und Patienten zu ergreifen. So sollen beispielweise in allen niedersächsischen Krankenhäusern die Funktion einer „Stationsapothekerin“ bzw. eines „Stationsapotheker“ eingeführt werden, um auf den Stationen u. a. bei der Arzneimittelanamnese, der korrekten Einnahme der Medikamente und dem fortlaufenden Verbrauch beratend tätig zu werden.

Raus aus dem Angebotsdschungel: Einheitliche Standards für ein Basismodul Sprachförderung für Erwachsene schaffen

Sprache ist der Schlüssel für eine gelingende gesellschaftliche Teilhabe. Sprachvermittlung muss früh ansetzen und im Sinne der Bildungskette für Geflüchtete kontinuierlich fortgeführt werden. Die langen Wartezeiten bis zur Erlangung eines sicheren Aufenthaltsstatus stehen dem entgegen. Lückenlose und anschlussfähige Maßnahmenkataloge sind daher notwendig. Aktuell gibt es eine Vielzahl von Sprachförderangeboten und Programmen mit unterschiedlichen Standards. Aufgrund der unübersichtlichen Lage kommt es häufig zu unnötigen Doppelstrukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Unser Antrag hat zum Ziel, diesen Angebotsdschungel zu lichten und unter Verwendung der heute bereits eingesetzten Mittel auf Landesebene ein einheitliches Basismodul Sprachförderung zu konzipieren, das für Geflüchtete aller Herkunftsländer offen ist und das allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Erreichen des Sprachniveaus A1/A2 ermöglicht.

Paritätische Finanzierung von Krankenversicherungsbeiträgen endlich wieder umsetzen

Seit dem 1. Juli 2005 wurde der Grundsatz der paritätischen Finanzierung von Kassenbeiträgen durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einerseits und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer andererseits aufgehoben. Für Beschäftigte ergeben sich seitdem bei jeder Beitragserhöhung Mehrkosten für den Krankenkassenbeitrag. Diese steigenden Lasten müssen durch steigende Zusatzbeiträge allein durch die Versicherten aufgebracht werden. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich intensiv für die Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung einzusetzen.

Modernisierung der Klosterkammer Hannover

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Organisationsstrukturen der Landessonderbehörde Klosterkammer Hannover weiter zu modernisieren. Kern der Modernisierung soll die Einrichtung eines mit Beschlusskompetenzen versehenen Steuerungs- und Kontrollgremiums sein. Das Gremium soll zuständig sein für die strategischen Entscheidungen und die Kontrolle der Stiftungsverwaltung.



Die Unterstützung unserer Kommunen bei den Aufgaben der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen haben wir im Rahmen unseres Antrages **„Einwanderung zukunftsfähig gestalten – Kommunen entlasten“** und des Antrages des CDU **„Sofortige Übernahme der Unterbringungs- und Betreuungskosten für Asylsuchende durch das Land!“**, beraten. In meinen Redebeiträgen zu diesen Anträgen habe ich mich insbesondere für ein echtes Zuwanderungsgesetz ausgesprochen. Es kann nicht angehen, dass Menschen zu Tausenden in die Hände von Schleppern getrieben werden, nur weil legale Einwanderungsmöglichkeiten fehlen. Meine Reden stehen – wie gewohnt – im vollständigen Wortlaut auf meiner Homepage unter www.bernd-lynack.de zum Nachlesen zur Verfügung.

Nachrichten aus dem Wahlkreis

Am Montag und Dienstag hat mich **Tim Bellgardt**, der auch Mitglied des Stadtrats in Hildesheim und aktiver Juso ist, bei meinen Terminen begleitet. Besonderer Höhepunkt war dabei zweifelsohne die Teilnahme an der Plenarsitzung sowie am Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion am Montagabend. Mit auf dem Foto links, mein Kollege und Banknachbar, Michael Höntsch.



Weitere gut gelaunte Gäste des Sommerfestes haben sich am ‚Hildesheimer Tisch‘ getroffen. Gutes Wetter, gutes Essen und eben die gute Laune waren die perfekten Voraussetzungen für einen schönen, fröhlichen Abend im Garten des Wilhelm-Busch-Museums in Hannover

„Freifunk SPD“ ist der Name für freies WLAN rund um unsere Büros in der Osterstrasse 39 A.

Ein freies, weitestgehend flächendeckendes WLAN-Netz in der Innenstadt ist das Anliegen des Arbeitskreises für Feuerschutz, Recht und Innere Angelegenheiten unserer Ratsfraktion. Ole Hammer hatte die Hildesheimer Freifunker deshalb zum Gespräch ins Rathaus eingeladen. Danach war ich begeistert von der Idee und ließ kurzerhand einen Router in meinem Wahlkreisbüro einbauen. Ich finde das super! Die Nutzung ist kostenlos, die rechtliche Seite der Haftung ist auch gelöst. In anderen Ländern findet man schon überall freie Netzwerke. Herzlichen Dank an die Hildesheimer Freifunker Baack und Bilitewski (Foto), die die notwendige Hardware bei mir installiert haben! Ich hoffe, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger und Gewerbetreibende im Bereich der Innenstadt sich an dem Projekt beteiligen.



Der Freifunk Hildesheim stellt über Router ein offenes WLAN allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, die ohne Passwort über örtlich verfügbare, verschlüsselte Router ins Internet kommen. Alternativ werden Informationen auch über Funk an andere nahe gelegene Router weiter gesendet. Freifunk bildet ein lokales unabhängiges zusätzliches Netzwerk, das das Internet um lokale Angebote ergänzt oder im Notfall auch mal ersetzen kann.

„In Deutschland gibt es das Konzept der sog. Störerhaftung“, so die Hildesheimer Freifunker. Deshalb werde bei Freifunk die Kommunikation der Benutzer mit dem Internet zuerst verschlüsselt an die Infrastruktur von Freifunk Hildesheim gesendet. Auf diese Weise sei sichergestellt, dass der Betreiber des WLAN-Routers nicht haftbar für seine Benutzer ist.



Hildesheimer Schulen sind auch in diesem Jahr wieder beim Schulobstprogramm dabei.

Für viele Schülerinnen und Schüler aus Hildesheimer Schulen beginnt der Unterricht nach den Sommerferien wieder mit frischem Obst. Das zeigt die hohe Akzeptanz des Obst- und Gemüseprogramms durch die Schulen. Es ist gut, dass Niedersachsen unter Rot-Grün auch für den regelmäßigen Vitaminnachschub sorgt. Immer noch kommen zu viele Kinder ohne Frühstück in die Grundschule. Mit dem Schulobstprogramm können sie nicht nur in Gemeinschaft leckeres Obst und Gemüse probieren, sondern dabei auch viel über die Vielfalt der Obst- und Gemüsesorten lernen. Ich begrüße, dass die niedersächsischen Schulen stark auf regionale Produkte setzen und die Chance nutzen, gemeinsam mit den niedersächsischen Bauern für mehr heimisches Obst und Gemüse in Niedersachsens Klassenzimmern zu sorgen. Aus Hildesheim sind folgende Schulen dabei: die Grundschulen Drispstedt, Nord, Johannesschule, Moritzberg, Auf der Höhe und Alter Markt sowie das Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte und die Förderschule Luise-Scheppler. Das große Interesse der Schulen zeigt, wie erfolgreich das Schulobstprogramm mittlerweile ist. Für den aktuellen Haushalt haben wir erneut zusätzliche Landesmittel für das Schulobstprojekt zur Verfügung gestellt, damit nun noch mehr Schulen mit frischem Obst und Gemüse versorgt werden können.

An einer Diskussion mit Schülerinnen und Schülern aus Hildesheim über den Nationalsozialismus mit dem **Ehrenbürger der Stadt Hildesheim Guy Stern** haben sich rund 200 Oberstufenschülerinnen und -schüler aus Hildesheim im Riedelsaal der VHS beteiligt. Eingeladen hatte der Sportverein Eintracht Hildesheim. Selbstverständlich wurde auch die aktuelle politische Diskussion im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und Europa angesprochen. Für mich war es sehr spannend die Veranstaltung zu moderieren und Sterns Eindrücke und Erlebnisse so hautnah zu erfahren. Auch sein Vergleich zur aktuellen Politik – nicht nur in den USA – ist gut angekommen. „Wir brauchen keine Clowns in der Politik“, hat der 94-jährige den Jugendlichen mit auf den Weg gegeben.



Guy Stern wurde am 14.02.1922 als Günther Stern, Kind einer jüdischen Familie (Julius und Hedwig Stern), in Hildesheim geboren. Er das Andreas-Realgymnasium (später: Scharnhorstgymnasium) besucht, bevor er 1937 als 15-Jähriger mit Hilfe eines Onkels in die USA geflohen ist. Seine in Hildesheim verbliebene Familie – Vater, Mutter und zwei Geschwister – die er erfolglos nachzuholen versuchte, wurde im April 1942 nach Warschau deportiert und vermutlich im Warschauer Ghetto bzw. in Auschwitz von den Nazis ermordet. Guy Stern studierte nach dem Krieg an verschiedenen amerikanischen Universitäten und promovierte 1953 als Germanist. Stern, der auch Ehrenmitglied von Eintracht Hildesheim ist, besucht Hildesheim regelmäßig und nutzt diese Besuche, um insbesondere mit jungen Menschen über seine Erfahrungen zur Zeit des Dritten Reichs zu diskutieren. Zeit Lebens liegt ihm hierbei insbesondere eine auf Versöhnung ausgerichtete Aufarbeitung der Geschichte mit seiner Heimat am Herzen.

Wie in jedem Jahr hat sich der SPD-Stadtverband wieder an der zentralen **Maikundgebung des DGB** auf dem Marktplatz beteiligt, um für gute Arbeit und gerechte Löhne aber auch für Frieden und Sicherheit in der Welt zu demonstrieren. Organisiert hatten den Stand in diesem Jahr unsere Jusos. Herzlichen Dank dafür und Dankeschön an alle, die sich auf der Demo und Kundgebung gezeigt haben.





Auf Einladung von Martin Hauk, Vorsitzender des **SPD-Ortsvereins Sehlem-Harbarnsen**, habe ich zur Zukunft des Lebens in ländlichen Räumen diskutiert. Die zentrale Frage war, was Land und Kommunen gemeinsam für ländlich geprägte Räume auf die Beine stellen können, damit Regionen nicht von den Städten abgekoppelt werden. Im Rahmen dieses politischen Frühschoppens mit unserer Lamspringer Bürgermeisterkandidatin, Katja Schoner, sind in den Gesprächen viele kreative Ideen entstanden, die ich zusammen mit Katja dankbar aufgenommen habe und die wir auch weiterverfolgen werden.

Zum Thema **regionale Wertschöpfung** hatten die Fraktionen von Bundestag, Landtag und Kreistag in den großen Sitzungssaal des Kreishauses eingeladen. Mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben mit uns über vorgestellte Best-Practice-Beispiele aus dem ganzen Land diskutiert. Auch durch diese Veranstaltung ist es gelungen, viele gute Ideen direkt aufzunehmen und in die jeweiligen politischen Ebenen zu transportieren.



Begleitet von unserem Geschäftsführer der Ratsfraktion, Jörg Schaper, der im Ehrenamt auch Vorsitzender des Alfelder SPD-Stadtverbandes ist und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Alfeld, Wolfgang Wiek, habe ich den **Türkisch-Islamischen Kulturverein e. V. in Alfeld** besucht. Der Verein wurde bereits im Jahr 1992 gegründet. Der Kontakt wurde von unserem Alfelder Genossen Iskender Köklü, selbst Mitglied des Islamischen Kulturvereins, im Rahmen einer meiner Bürgersprechstunden in Alfeld hergestellt. Gastfreundlich bewirten wir uns bei Tee, Gebäck und Obst über die

Themen Religionen, die Geschehnisse in Nahost und die aktuelle Flüchtlingssituation, aber auch türkisch-islamische Werte ausgetauscht.

Die Planungen für den **Kommunalwahlkampf 2016** sind im vollen Gange. Mittlerweile sind die Portraitaufnahmen für fast alle Kandidatinnen und Kandidaten im Studio3 abgeschlossen. Jetzt stehen noch die Shootings für die Ortsräte und die Gruppenaufnahmen für den Stadtrat auf dem Programm, damit wir unsere Materialien im Laufe der Sommerferien für den Wahlkampf zur Verfügung stellen können.



Zusammen mit unserer **Kultusministerin Frauke Heiligenstadt** habe ich mich über die Arbeit in den SPRINT-Klassen an der Walter-Gropius-Schule bei uns in Hildesheim informiert. In insgesamt sieben SPRINT-Klassen lernen junge Flüchtlinge unsere Sprache und erhalten eine erste Orientierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Auf Einladung von Schulleiterin Ute Rahlves hatten wir die Gelegenheit, nicht nur am Unterricht teilzunehmen. Auf dem Programm standen auch Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern und Vertreterinnen und Vertretern der Betriebe, die Ausbildungs- und Praktikumsplätze anbieten.



Ganz besonders habe ich mich über den **Besuch von Daniel und Rita Weber** gefreut. Ritas Sohn Max hatte bereits bei der Tombola des Sommerfestes des Ortsvereins Moritzberg/Neuhof im letzten Jahr einen Gutschein über einen Landtagsbesuch gewonnen. Leider konnte Max wegen einer kurzfristig angesetzten Schulveranstaltung dann doch nicht mit in den Landtag kommen, so dass sein Bruder Daniel spontan eingesprungen ist. Das ist aber gar kein Problem. Max bekommt selbstverständlich nochmal einen Extra-Termin.

Soweit mein Bericht aus dem Landtag zum Juni-Plenum. Der nächste Plenarabschnitt ist für die Zeit vom 17. bis zum 18. August angesetzt. Bis dahin wünsche ich Euch eine schöne und erholsame Sommerpause! Nutzt sie auch, um Kraft zu tanken, für den anschließenden Kommunalwahlkampf!

Herzliche Grüße

Bed

